

Einstimmig gegen die Polizei Boothütte

Gemeinderat Utting hat entschieden – Verein „Unser Dorf“ hält Bürgerbegehren für möglich

Utting – Wird die Regierung von Oberbayern das Bootshaus für das Polizeiboot WSP 7 gegen den Willen vieler Bürger und der Gemeindevertreter von Utting bauen lassen? Diese Frage bleibt auch nach der Gemeinderatssitzung letzten Donnerstag offen, bei der Oberregierungsrat Richard Filser bekräftigte, dass „von allen geprüften Standorten nachweisbar nur der Standort Holzhausen infrage komme“. Dort seien die wenigsten Eingriffe in die Natur erforderlich und einsatztaktisch sei es der beste Platz, so Filser. Der Uttinger Gemeinderat sieht dies anders. Erstmals brachte er sich geschlossen in Position und votierte für den Antrag der CSU/Bürgerliste, den Karl Sauter verlas. Florian Münzer (GAL), der bereits bei der Gemeinderatssitzung am 23. April 2015 eine Abstimmung im Gemeinderat zum Bootshaus am Dampfersteg in Holzhausen beantragt hatte – diese wurde damals vertagt – sah seinen Antrag in dem weitreichenderen der CSU/Bürgerliste aufgehen. Dieser beauftragt den Ersten Bürgermeister Josef Lutzenberger (GAL), eine Stellungnahme zum beabsichtigten Neubau eines Polizeibootshauses in Holzhausen bei der Regierung von Oberbayern einzureichen. Darin vertritt die Gemeinde die Auffassung, dass eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliege, „weil durch den im Ammersee gelegenen Baukörper die natürliche Eigenart der Landschaft beeinträchtigt, das Landschaftsbild verunstaltet und somit das Ziel der Landschaftsschutzgebiet-Verordnung gefährdet wird.“ Außerdem thematisiert die Stellungnahme auch den schmalen Weg zum Dampferweg, der für Dienstfahrzeuge der Polizei nicht ohne weiteres geeignet sei. Zudem fehlten Stellplätze und Erschließungsanlagen für Wasser, Abwasser, Strom und Telekommunikation. Zwar ist der Ammersee ein „gemeindefreies Gebiet“, das Bauvorhaben muss aber von Gemeindegebiet aus erschlossen werden. Daraus ergebe sich ein unmittelbares Interesse der Gemeinde Utting, die in der Stellungnahme dem Bauvorhaben widerspricht und die Regierung von Oberbayern bittet,



Über 250 Zuhörer waren in die Verwaltungsschule nach Holzhausen gekommen, um sich über die aktuellen Pläne zur Polizei Boothütte zu informieren. Baudirektor Peter Aumann (mit Mikrophon) erklärte das baurechtliche Verfahren. Foto: Kübler

die Zustimmung nicht zu erteilen. Zudem ermächtigten die Gemeinderäte Lutzenberger, das Landratsamt Landsberg darüber zu informieren, dass die Gemeinde eine Ausnahmegenehmigung von der Landschaftsschutzgebiete-Verordnung nicht befürworten wird.

Kein Mitspracherecht

Die Geschlossenheit des Gemeinderats gegen das geplante Bootshaus setzt zwar ein Zeichen, rechtlich hat es jedoch keine Relevanz. Bei der Auswahl des Standortes, der nicht auf Gemeindegebiet liegt, hat die Gemeinde kein Mitspracherecht. Das weitere Verfahren erläuterte Baudirektor Peter Aumann vom Bauamt Weilheim. Dieser befasst sich bereits seit 2010 mit dem Bauvorhaben. In Voranfragen an das Landratsamt Landsberg, die Bayerische Schlösser- und Seenverwaltung und die Naturschutzbehörde seien bisher keine großen Einwände gekommen, so Aumann. Im nächsten Schritt solle ein regionales Architekturbüro mit Erfahrung im Bootshüttenbau einen Entwurf liefern. Dieser sei mit der Bayerischen Schlös-

ser- und Seenverwaltung abzustimmen, mit dem Landratsamt vorab zu klären und werde anschließend im Gemeinderat präsentiert. Ein einfaches Bootshaus soll es werden, ohne Doppelgiebel, so Aumann. „Das ist eine notwendige gestalterische Reaktion, da es weit draußen auf dem See gebaut wird.“ Aumann bejahte die Frage von Bürgermeister Lutzenberger, dass die Hütte nur ein Boot beherbergen solle. Außerdem soll es niedriger als auf den bisher gezeigten Plänen sein, die Aumann als „Schnellschuss“ bezeichnete. „Die Höhe soll sich am Normalwasserstand ausrichten. Bei Hochwasser muss das Boot herausgefahren und vertäut werden.“

Freier Blick auf Andechs

Aumann widersprach der Argumentation der Bootshaus-Gegner: Der Blick vom Ufer sei dadurch nicht versperrt. „Der Blick auf Andechs bleibt frei.“ 220 Bootshäuser gibt es am Ammersee und 150 Slipanlagen. „Diese stören am Ufer mehr als jedes Bootshaus im Wasser“, sagte Aumann.

Nach den Ausführungen von Ober-

regierungsrat Filser und Baudirektor Aumann nutzten zahlreiche Gemeinderäte die Gelegenheit für Fragen. Florian Hansch (SPD) verwies Filser auf die Bayerische Schifffahrtsverordnung, die besage, dass im Umfeld von 100 Metern an Anlegestellen keine Boote festgemacht oder geankert werden dürften. Hansch: „Ist das Bootshaus somit rechtens?“ Oder sei es nur ein Lippenbekenntnis der Regierung, dass sich an der Dampferanlegestelle Holzhausen nichts verändern würde? Für Filser war dieser Sachverhalt neu, er sicherte jedoch zu: „Der Steg bleibt in der bisherigen Form zugänglich.“ Auf die Frage von Christian Strohmeier (GAL), ob die Bootshütte auch gegen das Votum der Bürger gebaut werden würde, antwortete Filser, dies sei eine politische und nicht seine Entscheidung. Der Vorsitzende des Vereins „Unser Dorf“, Wolf-Dietrich Lüps, hatte zu Beginn der Sitzung signalisiert, dass der Verein ein Bürgerbegehren für denkbar hält. Er erinnerte an die Worte von Staatssekretär Gerhard Eck, nichts gegen den Willen der Bevölkerung unternehmen zu wollen. Dagmar Kübler